

# Taiwan Newsletter

## Politik

### Vorsitzende von Taiwans Menschenrechtskommission zu Besuch in Berlin



Die Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission in Taiwan Chen Chu besucht auf Einladung der Deutsch-Taiwanischen Gesellschaft e.V. (DTG) vom 12. bis 16. Dezember Berlin.

Chen Chu berichtete als Zeitzugin am 12. Dezember in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin über den Demokratisierungsprozess ihres Landes.

Sie gilt als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der taiwanischen Demokratiebewegung. 1979 wurde sie bei einer Demonstration für Demokratie zum Tag der Menschenrechte verhaftet und zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt. Amnesty International Deutschland e.V. betreute sie während ihrer damaligen Inhaftierung. Dr. Renate Müller-Wollermann sprach auf der Veranstaltung über den Einsatz der Nichtregierungsorganisation für die Freilassung der Protestler und Menschenrechtsaktivisten.

Dr. Rong-Jye Lu, ehem. Vorsitzender des World Federation of Taiwanese Associations, hob die Bedeutung der Taiwanvereine hervor, die sich in vielen Ländern gegründet hatten und die Demokratisierung Taiwans von außen unterstützten.

Taiwan sei ein Leuchtturm der Demokratie in der Region, attestierte auch Prof. Dr. Eibe Riedel, ehem. stellv. Vorsitzender des UN - Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Auf Vorschlag einer Delegation vor einigen Jahren, an der er auch teilgenommen hatte, wurde die Nationale Menschenrechtskommission ins Leben gerufen.

Chen Chu führte während ihres Aufenthalts auch Gespräche mit Vertretern von Stiftungen und Gedenkstätten.

Taiwan sieht Deutschlands Aufarbeitung der DDR-Diktatur als Vorbild für die eigene Vergangenheitsbewältigung an. Bereits im Dezember 2019 war mit der Stasi-Unterlagen-Behörde eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit unterzeichnet worden.

Am 14. Dezember waren Chen und ihre Delegation u.a. zu Gast im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Am Abend des selben Tages hielt sie eine bewegende Rede über Taiwans hart erkämpfte Demokratie vor etwa einhundert in Deutschland lebenden Taiwanern, Hongkongern und Chi-

nesen im Taiwan Kultursaal der Taipei Vertretung.

## Wirtschaft

### Taiwan und Deutschland veranstalten gemeinsames Energiewende-Forum



Am 8. Dezember fand in Taipeh ein von Taiwan und Deutschland gemeinsam veranstaltetes Forum zur Energiewende statt, bei dem das Engagement beider Seiten zur Förderung der Zusammenarbeit im Energiesektor betont wurde.

Die vom Energiebüro des taiwanischen Wirtschaftsministeriums und dem Deutschen Institut Taipeh (DIT) organisierte Veranstaltung beinhaltete Diskussionen über relevante Richtlinien und unterstrich die Bedeutung der Stromerzeugung aus Wasserstoff und der Entwicklung von Energiespeichersystemen.

Zu den hochkarätigen Teilnehmern zählten Wu Chih-wei, Berater des Energiebüros, Jörg Polster, Generaldirektor des DIT, Ursula Borak, stellvertretende Generaldirektorin für internationale Energieangelegenheiten, fossile Brennstoffe und Kernenergie im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie 200 Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Experten.

Laut Energiebüro hat Taiwan seit 2016 große Fortschritte bei erneuerbaren Energien erreicht. Im März wurde eine Richtlinie veröffentlicht, die den Weg des Landes zu Netto-Null-Emissionen bis 2050 beschreibt. Die Kooperation zwischen Taiwan und Deutschland begann 2016 mit der Unterzeichnung der bilateralen Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der Energiewende, so das Energiebüro.

Taiwan ermutigt den Energie- und Industriesektor, Wasserstoffenergie in Prozessen wie der Stahlherstellung zu verwenden, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Außerdem werde das Land bis 2025 Batterie-Energiespeichersysteme für 1,5 Gigawatt errichten. Die Regierung plane, die Energiezusammenarbeit mit Deutschland in Bereichen wie Politik, Technologieanwendungen und Handel fortzusetzen und gleichzeitig Herausforderungen anzugehen, um Netto-Null-Emissionen zu erreichen und eine stabile und diversifizierte Partnerschaft beiderseits zu fördern, hieß es aus der Behörde.

Die Industrie für grüne und erneuerbare Energien sei ein wichtiger Bestandteil der

Regierungsinitiative für sechs strategische Kernindustrien (Digitale Technologien; Cybersicherheit; Bio- und Medizintechnologien; Verteidigung und strategische Lagerbestände), die Präsidentin Tsai Ing-wen während ihrer Antrittsrede im Mai 2020 vorgestellt hatte.

## Gesellschaft

### Taiwan und Deutschland starten elektronische Einreiseabfertigung



Taiwan und Deutschland starteten am 10. Dezember eine gemeinsame automatisierte Einreiseabfertigung, was als Meilenstein für die bilateralen Beziehungen angesehen wird und darüberhinaus belegt, wie entschlossen beide Seiten sind, die Wirtschafts- und Handelspartnerschaft, den Fremdenverkehr und den zwischenmenschlichen Austausch auszuweiten.

Die Bekanntgabe erfolgte durch den Generaldirektor des Nationalen Einwanderungsamtes (NIA) Bill Chung und die stellvertretende Generaldirektorin des Deutschen Instituts Taipei Dagmar Traub-Evans während einer vom NIA in der nordtaiwanischen Stadt Taoyuan organisierten Veranstaltung.

Mit sofortiger Wirkung können Inhaber gültiger ePässe der Bundesrepublik Deutschland, die über 18 Jahre alt sind, eine Körpergröße von über 1,40 Metern haben und keine Einträge im Strafregister aufweisen, sich für Taiwans System elektronischer Einreise-Abfertigung („e-Gate“) anmelden.

Entsprechend können taiwanische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen über 18 Jahre, die einen ePass mit ihrer nationalen Identifikationsnummer besitzen und in Deutschland nicht vorbestraft sind, sich für das deutsche EasyPass-Programm anmelden.

Das beschleunigte Zollabfertigungsverfahren wird Reisen zwischen beiden Ländern bequemer machen und mehr Besucher aus Deutschland anlocken, warb das NIA.

Wie die Behörde verlautete, ist Deutschland Taiwans fünftes Partnerland bei e-Gate, nachdem zuvor Vereinbarungen mit Australien, Italien, Südkorea und den USA unter Dach und Fach gebracht worden waren. Taiwan wiederum ist Deutschlands viertes Partnerland außerhalb der Europäischen Union (EU).